

Prof. Adam Shinar, Reichman University, „Zwei siamesische Zwillinge: Die juristische Reform und der Krieg“, 13.8.2025

Vorwort:

Hallo zusammen! Willkommen bei „Augen von Gaza“. Unser tägliches Treffen, das Protest und Lernen verbindet. Für diejenigen unter uns, die Samstagabends zu den Demonstrationen gehen – ob wir nun die Freilassung der Entführten, ein Ende des Krieges, gegen Völkermord oder gegen die Regierung und den grassierenden Faschismus fordern – ist manchmal unklar, was die Verbindung zwischen unseren heutigen Demonstrationen und den vorangegangenen Demonstrationen für Demokratie und gegen Rechtsreformen ist. Haben die heutigen Demonstrationen die vorherigen ersetzt? Handelt es sich um dieselbe Demonstration, nur inhaltlich aktualisiert? Welche Beziehung besteht zwischen der „großen Demonstration“, wie wir sie nennen, und den Demonstranten des Blocks gegen die Besatzung der vorherigen oder denen, die in der aktuellen ein Ende des Völkermords fordern? Um diese und andere Fragen zu klären, haben wir heute Professor Adam Shinar eingeladen, einen Experten für Verfassungs- und Verwaltungsrecht von der Reichman University, der auch Mitglied des Vorstands der Association for Civil Rights und des Forum of Law Lecturers for Democracy ist, dem Forum, das sich gegen Rechtsreformen einsetzt. Adam wird acht Minuten sprechen, danach haben wir Zeit für eine kurze Diskussion. Ich möchte Sie daran erinnern, dass jeder, der eine Frage stellen möchte, diese gerne in den Chat schreiben kann. Ich werde sie Adam am Ende seiner Rede vorlesen. Adam, vielen Dank, dass Du hier bist. Du hast das Wort.

Vortrag:

Vielen Dank für die Einladung und an alle, die sich beteiligen. Ich bin es normalerweise nicht gewohnt, acht Minuten lang zu sprechen, daher werde ich mich kurz fassen und einige Punkte ansprechen. Gerne gehe ich später in der Diskussion näher darauf ein. Ich möchte unbedingt über den Zusammenhang zwischen Putsch, Revolution, Reform und Krieg sprechen. Ein Argument, das ich nicht anführen werde, das in der Diskussion sehr präsent ist und mich meiner Meinung nach nicht besonders interessiert, ist, dass die Hamas sich für den Angriff entschieden hat, weil der Zeitpunkt günstig war. Der Protest und das Chaos, das dieser verursachte, sowie die Reform und das Chaos, das sie verursachte, führten zu einer Art Rückgang der Einsatzbereitschaft, und das war ein Schwachpunkt. Darauf werde ich nicht näher eingehen. In der kurzen Zeit, die mir zur Verfügung steht, werde ich argumentieren, dass es tatsächlich Gemeinsamkeiten zwischen dem Protest gegen die Rechtsreform und der Durchführung des Protests während des Krieges gibt. Der Kampf gegen die Reform – ich nehme an, dass viele hier wahrscheinlich auch in der einen oder anderen Weise daran beteiligt waren – war in vielerlei Hinsicht spontan und umfassend. Aber er war auch kalkuliert. Inwiefern war er kalkuliert? Es war kalkuliert, denn es wurde – zumindest behaupte ich das – als ein nicht politischer Kampf dargestellt, als etwas, das alle Israelis gemeinsam haben, egal ob sie Juden, Araber, Mizrachim, Aschkenasim, Säkulare, Religiöse usw. sind. Es ist ein Kampf, der sich im Wesentlichen nur gegen die Regierungsstruktur richtet, unabhängig davon, wer sie besetzt. Deshalb konzentrierte sich der Kampf gegen die Reform auch auf strukturelle Prinzipien wie Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung, und das geschah bewusst und vorsätzlich. Wenn man also die Protestführer, Moshe Redman und andere, fragt: Warum sprichst du nicht über die arabischen Bürger? Oder warum sprichst du nicht über die Besatzung? Warum sprichst du nicht über Diskriminierung? Diese Strategie war beabsichtigt.

Das Problem bestand darin – und ich denke, das wurde auch ziemlich schnell deutlich –, dass der Fokus auf demokratische Strukturen – wie dem Obersten Gerichtshof und der Frage, wie dessen Gremien aussehen sollten – und der Diskurs, der sich rund um den Protest entwickelte, die Wirkung dieser Strukturen auf bestimmte Gruppen ignorierte. Mit anderen Worten: Er ignorierte die spaltende Wirkung dieser Strukturen auf bestimmte Gruppen, die, so könnte man sagen, aktiv oder

passiv vom Diskurs ausgeschlossen wurden. Und zwar in erster Linie auf die palästinensischen Bürger Israels, die den Kampf gegen die Reform größtenteils – wie spätere Studien und Interviews zeigen – als einen innerjüdischen politisch-ideologischen Konflikt innerhalb der jüdischen Gesellschaft empfanden, der sie nichts anging. [Zur Frage], warum es sie nichts anging, können wir vielleicht später sprechen.

Mit dem Kriegsbeginn im Oktober 2023 ergreift die Regierung, wie vorherzusehen war, eine Reihe von Maßnahmen, die die Grundrechte der israelischen Bürger beeinträchtigen. Ich möchte daher im Moment nicht über die Geschehnisse in Gaza sprechen, sondern über die Folgen des Gaza-Krieges in Israel. Ich werde nur einige Beispiele in begrenztem Umfang nennen, da uns die Zeit fehlt. Zum Beispiel die Politik der Demonstrationseinschränkungen, sei es durch die Verweigerung von Genehmigungen oder durch Proteste gegen Demonstrationen. Selbst wenn Genehmigungen erteilt werden, handelt es sich nicht um die beantragten Genehmigungen. Der Oberste Gerichtshof hat sich zu Beginn des Krieges der Polizei und der Regierung angeschlossen und Demonstrationen verboten oder genehmigt – eine außerordentliche Maßnahme, die der Oberste Gerichtshof seit Jahrzehnten nicht mehr getroffen hat. Wir erleben eine Welle von Ermittlungen gegen palästinensische Bürger. Einige dieser Untersuchungen, übrigens nicht die meisten, aber einige der Untersuchungen führen später zu Anklagen wegen Aufwiegelung, Sympathie für eine terroristische Organisation, der Verunglimpfung von Arabern in sozialen Medien, an Universitäten usw. Wir sehen Schritte, um Medienunternehmen zu schließen. Zuerst war es ein Sender namens Al-Mayadeen, den fast niemand sah und der mit der Hisbollah verbunden war, aber dann war es Al-Jazeera, zuerst durch Notstandsverordnungen, dann durch ein Gesetz der Knesset zur Schließung von Al-Jazeera, zusammen mit einem Einreiseverbot für ausländische Journalisten nach Gaza – es sei denn, sie werden von einem Israeli begleitet, und die IDF kann alle Materialien einsehen, die sich vorher dort befanden usw.

All diese Maßnahmen konzentrieren sich auf grundlegende Rechte, die eigentlich Gegenstand der Proteste vor dem Oktober 2023 sein sollten, da sie in Bezug auf Meinungsfreiheit und ähnliche Themen ganz oben auf der Tagesordnung standen. Doch sobald der Krieg beginnt, stoßen all diese Maßnahmen natürlich auf keinen Widerstand, zumindest nicht in den ersten anderthalb Jahren, seitens der Proteste, schon gar nicht seitens der institutionalisierten Proteste. Warum? Ein Grund ist die normale Dynamik von Kriegen, die wir überall auf der Welt beobachten. Ein zweiter Grund ist, dass sich all diese repressiven Maßnahmen – ob zufällig oder nicht – gegen palästinensische Zivilisten richteten, also genau dieselbe Gruppe, die sich im Kampf gegen die Reform nicht nennenswert beteiligt hatte. Blickt man beispielsweise etwas in die Zukunft, auf den heutigen Kampf, so unterscheidet er sich stark vom Kampf gegen die Reform, ist ihm aber auch sehr ähnlich. Der heutige Kampf konzentriert sich hauptsächlich auf die Freilassung der Entführten und auch auf ein Kriegsende. Doch zunächst war es eher ein Kampf um die Freilassung der Entführten.

Diese Kämpfe werden aus einer Perspektive geführt, die nicht versucht, die grundlegendsten und existenziellsten Fragen Israels zu beantworten, insbesondere die palästinensische Frage – sowohl die palästinensische Frage in den besetzten Gebieten als auch die palästinensische Frage innerhalb Israels. Genau dieselben Fragen, die der Protest gegen die Reform bewusst zu umgehen suchte und nun einfach unterdrückt. Was sehen wir hier? Um erfolgreich zu sein – und ich denke, der Kampf gegen die Reform war in gewissem Sinne erfolgreich –, musste er einen Prozess der Entpolitisierung durchführen, d. h. darauf bestehen, dass es sich nicht um einen politischen Kampf im parteipolitischen Sinne handelte, sondern um einen Kampf für Strukturen wie Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und Rechte. Und die taktische Überlegung bestand darin, zusätzliche Zielgruppen zu gewinnen, die sonst vielleicht nicht gekommen wären, zum Beispiel rechte oder religiöse Menschen, die letztlich nicht so zahlreich erschienen. Nun erleben wir während des gesamten Krieges dieselbe Entpolitisierung. In letzter Zeit hat es zwar einige Veränderungen gegeben, das stimmt, aber während des größten Teils des Krieges wurde beispielsweise der Kampf um die Freilassung der Geiseln nicht bewusst als politischer Kampf konzipiert, weil man der Meinung war, dass eine politische Auseinandersetzung dem Kampf nur

schaden würde und es unmöglich wäre, alle Teile der israelischen Gesellschaft zu seinem Vorteil zu nutzen.

So können wir meiner Meinung nach auch den Kampf verstehen, der derzeit gegen die Generalstaatsanwältin, für ihren Verbleib oder gegen ihre Entlassung geführt wird. Wenn man beispielsweise die Nachrichten von gestern oder vorgestern liest, dreht sich in diesem Kampf alles um den Austausch des Schlosses im Büro in Tel Aviv. Ich möchte die besondere und umfassendere Bedeutung dieser Geschichte natürlich nicht schmälern, aber auch hier geht es um eine Art Figur, nicht um das Wesentliche. Mit anderen Worten: Der Protest für die Generalstaatsanwältin findet im Rahmen derselben Konzepte statt wie der Protest gegen die Reform. Er schränkt die Macht der Polizei ein, verhindert einen Rückzug in die Diktatur und achtet sorgfältig auf die Gewaltenteilung usw. Doch derselbe Protest, der eigentlich den Generalstaatsanwalt und die gesamte Rechtsabteilung unterstützt, ignoriert völlig die Rolle des Generalstaatsanwalts und des Justizministeriums im Krieg selbst oder die Art und Weise, wie das Rechtsberatungsbüro die Auseinandersetzung mit den Kämpfen aufgegeben oder Gaza aufgegeben hat, um sich auf interne Probleme zu konzentrieren – es könnte Teil einer strategischen Entscheidung sein. [Der Rechtsberater] glaubte wahrscheinlich – und hatte wahrscheinlich Recht [mit seiner Entscheidung], dass dies die Themen seien, für die er die Israelis gewinnen könnte, die ihn im Kampf um den Verbleib der Generalstaatsanwältin unterstützen.

Wenn wir also beispielsweise Umfragen sehen, die zeigen, dass Israelis – oder die meisten Israelis oder die meisten Juden – an einem Ende des Krieges interessiert sind, und andererseits Umfragen, die eine vielleicht weniger überwältigende, aber dennoch Mehrheit dafür zeigen, dass es nach dem Krieg keine Palästinenser mehr geben wird, beispielsweise in Gaza – sei es durch Auswanderung, Vertreibung oder Verschwindenlassen –, besteht kein grundsätzlicher Widerspruch zwischen diesen beiden Teilen: dem Wunsch nach einem Ende des Krieges und dem Wunsch, dass die Palästinenser nicht hier sind. [Das liegt daran], dass die Haltung gegenüber den Palästinensern den israelischen Bürger nicht allzu sehr stört. Sie störte ihn nicht während der Reform, und sie stört ihn auch jetzt während des Krieges nicht so sehr. Obwohl es sich bei der Rechtsreform und dem Krieg scheinbar um zwei völlig unterschiedliche Dinge handelt, operiert der innerisraelische Diskurs mit ineinandergreifenden Instrumenten: In Bezug auf die Reform Blindheit gegenüber den spaltenden Ergebnissen der Regierungsstrukturen und ein gewisser bewusster Wunsch, die Diskussion darüber zu vermeiden; und in Bezug auf den Krieg Blindheit gegenüber dem, was in Gaza geschieht. Und jeder beteiligt sich gerne an dieser Blindheit, einschließlich der Regierung, der Medien und großer Teile der Öffentlichkeit. Und diese Blindheit entspringt zumindest teilweise derselben Quelle: dem Wunsch, jene politischen Themen zu entpolitisieren, die, ob es uns gefällt oder nicht, die Wurzel beider Dinge sind.